

RECHTSPOPULISMUS IN EUROPA¹

„Ich glaube, dass es Populisten dringend braucht, um die politische Wahrheit und die politische Realität ans Licht zu bringen. Es ist eine Frage des Bürgermutes und der Zivilcourage“ Fritz Dinkhauser, 15.09.2008, Der Standard Wahl-Chat.

Populismus ist sehr viel mehr politische Strategie als politische Ideologie. Zu austauschbar sind die Inhalte, zu flexibel wechselnd die Feindbilder.

Populismus heißt, so zu tun als ob man wüsste, was für die Bevölkerung gut und richtig sei, was das Interesse des „Volkes“ sei. So zu tun, als ob es nur ein Interesse gäbe, als ob alle in einem Land nur das eine wollten, das zu erreichen die betreffende Person/Partei verspricht.

Dahinter steht ein großes Missverständnis bzw. eine massive Täuschung: In demokratischen Gesellschaften gibt es Meinungs- und Interessenpluralismus; es gibt grundlegend unterschiedliche Vorstellungen und konträre Absichten und das Ziel jedes demokratischen Systems muss ein Ausgleich, ein Kompromiss zwischen diesen Interessen sein. Genau das aber versuchen Populisten zu verschleiern. Sie erwecken den Eindruck, dass es eine Interessenhomogenität gäbe.

Rechtspopulisten gehen einen Schritt weiter, in dem sie bestimmte Gruppen ausgrenzen, abwerten, als Feinde denunzieren, diffamieren und diskriminieren. Diese Gruppen sind dabei austauschbar: einmal sind es Juden, ein andermal Moslems, irgendwann Amerikaner, soziale Randgruppen oder (immer wieder) Roma und Sinti.

Feindbilder können ebenso die EU sein (wer immer darunter konkret verstanden wird), oder generell die da oben, die politische Elite, die von den mutmaßlich Braven, Guten und Anständigen abgehobenen Politiker oder deren Parteien.

Rechtspopulismus arbeitet mit Angst. Es geht darum, einen (imaginären) Feind und ein Bedrohungsszenario zu schaffen, die Gefahr sozialer Spannungen und Konflikte zu beschwören und sich als Retter zu präsentieren.

Es gibt dabei keine Grauzone, kein sowohl-als-auch; es gibt nur entweder-oder. Wie es die FPÖ in Österreich seit Jahren vorexerziert: *Daham statt Islam, Volksvertreter statt EU-Verräter* oder plump *Pummerin statt Muezzin*. Dass das Abendland in

¹ Teile des Beitrags stammen aus: Gärtner, Reinhold (2009): Politik der Feindbilder – Rechtspopulismus im Vormarsch; Wien: Kremayr & Scheriau.

Christenhand sein möge, wurde im EU-Wahlkampf 2009 gefordert, unterstützt von einem Parteichef Strache, der bei Wahlveranstaltungen mit einem Holzkreuz herumfuchtelte. Es geht also um Konfrontation, um Konflikt, nicht um Konsens oder Kompromiss:

Wer nicht für uns ist, ist gegen uns: Demokratie lebt vom Miteinander, Rechtspopulismus vom Gegeneinander.

Bevor nun näher auf die inhaltliche Ebene des Rechtspopulismus (die neben der strategischen eine wichtige Rolle spielt) eingegangen wird, ein kurzer Blick auf den Rechtsextremismus.

Rechtspopulismus, rechtspopulistische Parteien befinden sich nach allgemeiner Ansicht auf dem Boden der Verfassung. Wenngleich wichtige Elemente der Demokratie eingeschränkt – und vor allem eine Ausweitung von Demokratie verhindert – werden sollen, bleiben wesentliche Teile bestehen. Anders beim Rechtsextremismus. Rechtsextremismus bedeutet eine grundlegende Minimierung von Demokratie (bzw. einzelner Teile davon). Dabei wird in der bundesdeutschen Diskussion rechtsextrem mit verfassungsgefährdend bzw. verfassungsfeindlich gleichgesetzt, eine Organisation (oder Einzelperson), die sich also im regelmäßig publizierten Verfassungsschutzbericht unter „rechtsextrem“ wiederfindet, wird auch als solche eingestuft. In Österreich wird dies häufig noch enger gezogen – als rechtsextrem wird eingestuft, wer Verstöße gegen das Verbotsgesetz begeht. Dies wäre aber eher als neonazistisch zu bezeichnen. Das Problem dabei ist, dass hier die weiche, nicht verbotsgesetzrelevante Variante eines Rechtsextremismus ignoriert bzw. nicht gesehen wird.

Inhaltlich geht es beim Rechtsextremismus um zwei wesentliche Punkte: um Ungleichwertigkeit und Gewaltakzeptanz. Ungleichwertigkeit bedeutet, dass man grundsätzlich von hierarchischer Einteilung von Gruppen von Menschen ausgeht und dass demokratische Spielregeln in wichtigen Teilen abgelehnt werden.

Gewaltakzeptanz bedeutet, dass man nicht nur selbst ausgeübte Gewalt als legitim ansieht, sondern dass Gewalt grundsätzlich als ein Mittel von Politik gesehen wird. Gewalt gegen andere (z.B. AusländerInnen oder AsylwerberInnen) gilt damit als durchaus legitimes Mittel.

Häufig allerdings ist die Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus fließend, sind die Übergänge kaum auszumachen und ist nicht möglich, rechtsextremes und rechtspopulistisches Verhalten trennscharf auseinanderzuhalten.

Nun aber zurück zum Rechtspopulismus:

Mit direktdemokratischen Mitteln wurde kürzlich in der Schweiz ein Minarettverbot gefordert. Die nachfolgenden Reaktionen (nicht nur, aber vor allem) von Repräsentanten der Schweizerischen Volkspartei (SVP) waren, dass nun das „Volk“ entschieden habe und das „Volk“ habe eben recht. Das ist ein weiterer beliebter Argumentationspunkt der Rechtspopulisten: Der Verweis auf die direkte Demokratie. Alles, was direktdemokratisch durch Wähler und Wählerinnen entschieden werde, sei a priori gut und richtig, alles, was repräsentativdemokratisch durch Parlamente und/oder Regierungen entschieden werde, sei nicht so ganz demokratisch, da am Willen des (imaginären) Volkes vorbei. In sich logisch: Wenn oben die eigentlichen Verräter sitzen, können deren Entscheidungen nur bedingt dem Willen derer da unten entsprechen. Der perfide Trick dabei ist, dass es diesen homogenen „Volks“willen nicht gibt, sondern immer bei direktdemokratischen Entscheidungen eine Mehrheit und eine Minderheit. Beim konkreten Beispiel Minarettverbot in der Schweiz: Es gab eine Beteiligung von 54%, also etwas mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten und eine Mehrheit von 57% für das Verbot, Minarette zu bauen. Umgerechnet auf die Gesamtzahl der Stimmberechtigten bedeutet das, dass etwa 30% dem Verbot zustimmten. Man kann nun als Argument anbringen, dass jene, die nicht zum Referendum gingen, eben kein Interesse daran gehabt hätten. Es war zwar eine Mehrheit der teilnehmenden Stimmberechtigten gegen den Minarettbau, allerdings waren dies lediglich 30% der gesamten Stimmberechtigten.

Es geht aber noch um einen anderen Punkt: Rechtspopulisten geht es um Stimmungsmache. Mit dem Verweis auf den Vorrang der direkten Demokratie wird der Eindruck erweckt, die repräsentative Demokratie habe ausgedient, oder zumindest ihre Legitimität verloren. Grundsätzlich aber ist repräsentative Demokratie genauso notwendig wie direkte. Das eine kann ohne das andere nicht leben, das eine ohne das andere nicht legitimiert werden.

Rechtspopulismus arbeitet – wie gesagt – mit Feindbildern: Deutlich wird dies z.B. beim Islam. Der Islam war in den Jahren vor 9/11 kaum Thema politischer Agitation. Nach 9/11 änderte sich das dramatisch. So wurde – etwa bei den unmittelbar darauf

folgenden Wahlen in Dänemark und in den Niederlanden – der Antiislamismus zum bestimmenden Thema. Das blieb: Im Mai 2008 erscheint ein Plakat der Dänischen Volkspartei mit einer verschleierte Richterin in Burka, den bekannten Hammer der Justiz in der Hand. Der Text dazu: „Gebt uns Dänemark zurück.“ Nach Meinung der Dänischen Volkspartei hätten andere – wie die abgebildete Richterin – bereits das Land übernommen. Postwendend reagierten allerdings 26 Prominente aus Dänemark in einem in der Zeitung *Politiken* veröffentlichten Brief mit folgenden Worten: „Die dänische Gesellschaft hat eine derartige Hetze seit den 30er Jahren nicht erlebt, und schon gar nicht von einer großen, einflussreichen politischen Partei.“

In den Niederlanden war es 2002 der Newcomer Pim Fortuyn, der massiv gegen den Islam hetzte (unter anderem sei der Islam nicht kompatibel mit den Menschenrechten). Fortuyn wurde kurz vor den Wahlen von einem Ökofanatiker ermordet, seine Liste schnitt dennoch erfolgreich ab und wurde Teil der Koalitionsregierung, die aber nach wenigen Monaten wieder zerbrach.

Das zentrale Thema der Rechtspopulisten ist das „immigration issue“, also das „Ausländerthema“. Häufig mit der Gleichsetzung AusländerInnen = TürkinInnen = Islam = Fundamentalismus. Es geht um pauschale Diffamierungen und Diskriminierungen; oft auch um die Reduzierung auf AsylwerberInnen bzw. Asylmissbrauch.

Besonders brutal wird in verschiedenen europäischen Ländern gegen Roma und Sinti vorgegangen. Es gibt nicht nur die beinahe alltäglichen Diskriminierungen, es geht bis zu hinterhältigen Morden:

Im Februar 2009 werden in Ungarn ein 27-jähriger Vater und sein vierjähriger Sohn erschossen. Deren Haus war in Brand gesteckt worden, und beim Versuch, aus dem brennenden Haus zu fliehen, wurden die beiden Roma, Róbert und Robi Csorba, mit Schrotflinten ermordet. Die Polizei fand Benzinkanister und Geschosshülsen – wollte aber dennoch weismachen, dass es sich um einen Unfall gehandelt habe. „Sie haben sie niedergemetzelt, wie bei einer Treibjagd“, meinte dazu Vater bzw. Großvater Csaba Csorba. Ein defekter Heizstrahler habe den Brand ausgelöst, herabfallende Dachbalken hätten die beiden unter sich begraben, so die Polizei. Erst nachdem die Vertreterin der lokalen Roma-Selbstverwaltung Roma-PolitikerInnen,

darunter die EU-Abgeordnete Viktória Mohácsi, informiert hatte, wurde von Mord gesprochen und Ermittlungen begannen.²

Seit einiger Zeit setzt sich die Ungarische Garde unter anderem gegen „Zigeunerkriminalität“ ein. Die Ungarische Garde: In schwarzen Uniformen, die an jene der Pfeilkreuzler, der ungarischen Faschisten, erinnern, marschieren sie auf, hetzen gegen Roma und andere ihnen verhasste Gruppen (z.B. Liberale) und möchten Ruhe und Ordnung wiederherstellen. Gegründet wurde die Ungarische Garde 2007 – als Reaktion auf die Unruhen in Ungarn 2006. Von Gott erhoffen sie, dass er ihnen eine bessere Zukunft geben möge. Sie organisieren Umzüge – „Nachtspaziergänge zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit“ –, gerne in Gegenden, in denen Roma leben. Am 15. März 2009 – der 15. März ist der ungarische Nationalfeiertag – wurden am Budapester Heldenplatz 650 neue Mitglieder aufgenommen. Und das, obwohl im Dezember 2008 der Trägerverein der Ungarischen Garde in erster Instanz verboten worden war. Begründung: Die Vereinigung jage der Roma-Bevölkerung und anderen Gruppen Angst ein und verstoße damit gegen das Vereinsrecht.

Ungarn ist nicht allein: In der slowakischen Stadt Kosice wurden im Frühjahr 2009 sechs Polizisten vom Dienst suspendiert, nachdem sie sechs Roma-Kinder malträtiert hatten. Unter anderem mussten sich die Buben gegenseitig ohrfeigen und nackt ausziehen.

Auch in Italien wächst die Stimmung gegen die Roma, Fackelzüge werden organisiert, Aufrufe zur Selbstjustiz, es gibt „eine Pogromstimmung, die von Medien und Parteien wie der Lega Nord systematisch angeheizt wird.“³

Nahezu zeitlos der Antisemitismus, die Ressentiments, Vorurteile und Angriffe gegen Juden und Jüdinnen:

Als 2008/2009 zwischen Israel und Gaza Krieg herrschte, wurden in Europa vermehrt antisemitische Anschläge gezählt. In Österreich wurde im Februar 2009 bekannt, dass ein Islam-Religionslehrer Zettel mit Namen internationaler Firmen verteilt hatte, bei denen seine SchülerInnen nicht einkaufen sollten – sie seien in jüdischem Besitz

² Vgl. dazu Der Standard, 25.2.2009

³ Vgl. dazu Der Standard, 25.2.2009

(„Kauft nicht bei Juden“ war bei den Nazis schon einmal). In Innsbruck wurde – einmal mehr – die Außenmauer der Synagoge beschmiert.

Am 3.1.2009 wurde versucht, in Antwerpen (Belgien) das Haus einer Jüdischen Familie anzuzünden. Führende Vertreter der jüdischen und moslemischen Gemeinschaft Belgiens betonten daraufhin in einer gemeinsamen Erklärung, dass sie zwar über die Ereignisse im Nahen Osten unterschiedlicher Meinung seien, dies aber nicht dazu führen dürfe, den Konflikt nach Belgien zu tragen. Zwei Tage später, am 5.1. wurde ein Molotow-Cocktail in die Bethel Hill Synagoge in Brüssel geworfen, wurden Fenster einer Synagoge in Charleroi eingeschlagen; am 12.1. wurden – ebenso in Belgien – ein orthodoxer Jude und eines seiner Kinder im Zug von sieben Jugendlichen belästigt und beleidigt.

In Frankreich wurde im Januar 2009

- Ein brennendes Auto gegen die Synagoge in Toulouse gelenkt;
- Eine Benzinbombe gegen die Synagoge in Saint Denis geworfen und das Restaurant daneben angezündet;
- In Villiers-le-Bel ein zehnjähriges jüdisches Mädchen von zehn Jugendlichen zusammengeschlagen;
- ein Jude in Fontenay-sous-Bois niedergestochen und eine 18-jährige Jüdin in Enghien-les-Bains verbal und physisch attackiert.

Im Februar 2009 präsentierte das deutsche Innenministerium in einer Anfragebeantwortung einen Bericht über das vierte Quartal 2008. 292 antisemitische Vorfälle wurden dokumentiert; davon elf Gewalttaten, bei denen neun Menschen verletzt wurden. In Amsterdam (Niederlande) wurde im Jänner 2009 ein Haus in Brand gesteckt – auf ein Fenster war mit gelber Farbe „Jood“ (Jude) geschmiert worden. Im Februar wurde auf die Sinai Klinik der Amsterdamer jüdischen Gemeinde geschossen und die Fenster der Synagoge in Haaksbergen (Niederlande) wurden eingeschlagen. In Spanien wurde ein Angestellter der Synagoge in Barcelona mit Baseballschlägern zusammengeschlagen und auch in Großbritannien gab es zwischen 29.12.2008 und Februar 2009 mehrere Anschläge gegen Juden bzw. jüdische Einrichtungen.

Die Tiroler Abteilung der freiheitlichen Jugendorganisation RFJ fiel vor einiger Zeit durch Antisemitismus auf. Wenn sogar Landesparteiobmann Hauser von Rechtsradikalismus spricht, muss Eindeutiges vorgefallen sein. Der israelische Angriff auf Gaza Ende 2008 veranlasste die Jungrechten zu Zitaten wie: „Tyrannei und Mordlust des Israelischen Apartheidstaates“; „(...) welches das Existenzrecht dieser mittlerweile zur Atommacht herangewachsenen Siedlerkolonie in Frage stellt“; die Rede ist weiters vom „heutigen Unrechtsstaat Israel“; von „Theodor Herzl, der unsägliche schwarze Prophet des Grauens“ oder der „Siedlerkolonie Israel, als Härscher des US-Imperialismus“.⁴ Dass der eine der Autoren – Thomas Maran – daraufhin aus der Partei ausgeschlossen wurde, war das eine. Dass derselbe aber bereits in früheren Zeiten einschlägig auffällig war und dennoch im Herbst 2008 RFJ-Obmannstellvertreter wurde, das andere. Schon vor Jahren, lange vor dieser Wahl hatte Maran vorgeschlagen, Bücher von Marx, Engels oder Nietzsche „wie unter Hitler“ zu verbrennen; Ausländer wurden als „Unkraut“ bezeichnet und politische Gegner als „Volksschädlinge“.⁵

Hetze ist nicht ausschließliche Domäne rechter Parteipolitik. Das beweisen manche Bischöfe der Pius Bruderschaft: Richard Williamson leugnet den Holocaust; ein anderer Bischof dieser obskuren Organisation meint, dass Völkermord an und für sich nicht verwerflich sei und Gaskammern lediglich der Desinfektion gedient hätten. Schließlich dürfe man nicht vergessen, dass es die Juden gewesen seien, die Christus umbrachten, das jüdische Volk habe also Mitschuld an seinem Tode. Und der Deutschland-Chef, Franz Schmidberger erklärt er in einem Interview mit SWR Mohammed sei ein Kinderschänder gewesen.

Rechtspopulistische Parteien in der EU

Abschließend ein Blick auf Ergebnisse rechtspopulistischer Parteien bei den Wahlen zum EU-Parlament im Juni 2009.

Seit 1979 werden die Abgeordneten des EU-Parlaments für eine 5 jährige Legislaturperiode direkt gewählt; im Juni 2009 fand die jüngste Wahl statt. Die Europäischen Sozialdemokraten (PES) erlebten eine deutliche Niederlage, die

⁴ Homepage des RFJ; zit. nach Tiroler Tageszeitung, 14.1.2009

⁵ <http://www.grueneverdi.bz.it/index.php?id=2186>

Europäischen Grünen Gewinne und die Volksparteien konnten trotz geringer Verluste ihre Spitzenposition halten.

Unterschiedlich war das Abschneiden der rechtspopulistischen Parteien. In Finnland konnten die PS (Perussuomalaiset – Wahre Finnen) – sie waren auf einer Liste mit den Christlichen Fundamentalisten angetreten – 14 % der Stimmen erringen, Parteichef Timo Soini bekam 130.000 Vorzugsstimmen. In Ungarn kann Jobbik (Slogan „Ungarn den Ungarn“), die Bewegung für ein besseres Ungarn, 15 % der Stimmen erringen. Jobbik – nach Selbsteinschätzung „prinzipientreu, konservativ, radikal patriotisch, christlich“, andere meinen, die Partei „hetzt gegen Roma, Ausländer und Juden“⁶ – ist der politische Arm der Ungarischen Garde und wird in einer Pester Lloyd Serie zu den ungarischen Parteien folgendermaßen beschrieben: „Daher sind sie keine Nazis, nur ganz normale ungarische Faschisten, die auf ihre Chance warten. Sie liegt vor allem auch in ihrer Verharmlosung und in der Naivität des Bürgers. Es ist nicht wichtig, sie als Nazis zu titulieren. Es ist wichtig ihnen den Boden zu entziehen, den sie vergiften wollen.“⁷ Die dritte relativ neue Gruppierung ist die niederländische Freiheitspartei von Geert Wilders. Er bekam mit 17 % sogar noch etwas mehr Prozentpunkte. Nicht neu, aber neu im EU-Parlament sind die britischen Hardliner von der BNP (British National Party).

Daneben finden wir einige altbekannte rechtspopulistische Parteien, die ihre Stimmenanteile verbessern konnten: Die FPÖ vom Tiefstand 2004 (6,2 %) auf über 13 %; die Lega Nord von 5 % auf 10 %; die Dänische Volkspartei von 6,8 % auf 14,8 % oder die bulgarische Ataka, die mit zwei Abgeordneten ins EU-Parlament einziehen wird (2004 war Bulgarien noch nicht EU-Mitglied). Andere wiederum verloren teilweise dramatisch: Der Vlaams Belang fiel von 15 % auf 10% zurück, Front National von 9,8 % auf 6,5 %. Die deutlichsten Verluste verzeichneten die polnische Samoobrona und die Liga polnischer Familien. Hatten sie 2004 noch 6 bzw. 10 Mandate, so endete die Wahl 2009 für beide mit einem Fiasko: Samoobrona kam auf 1,5 %; die Liga polnischer Familien im Parteienbündnis Libertas auf magere 1,1 %.

So gesehen war das Ergebnis der rechtspopulistischen Parteien durchaus unterschiedlich. Insgesamt sind die Rechtsausleger aber gestärkt aus dieser Wahl hervorgegangen. Die Frage ist, inwieweit eine neue Rechtsfraktion entstehen wird bzw. kann. Dafür sind mittlerweile 25 Abgeordnete aus mindestens sieben Ländern

⁶ ZfB 2, 8.6.2009

⁷ Pester Lloyd, 25.5.2009, http://www.pesterlloyd.net/2009_22/0922jobbik/0922jobbik.html

nötig. Quantitativ wäre dies also kein Problem, bleibt offen, ob auch inhaltlich ein Konsens gefunden werden kann.

Im Jahr 2007 versuchten die rechten Fraktionslosen im EU-Parlament eine eigene Fraktion zu bilden. 20 Abgeordnete waren damals dafür nötig, mit Rumänien und Bulgarien kamen Anfang 2007 neue Abgeordnete ins EU-Parlament, darunter einige von Ataka (Bulgarien) und von Romania Mare. Andreas Mölzer (FPÖ) war ebenso dabei wie Vertreter des Front National (Bruno Gollnisch wurde Fraktionsvorsitzender), von Vlaams Belang, Fiamma Tricolore oder Alternativa Sociale, der Liste der Mussolini-Enkelin Alessandra Mussolini. Sie wollten für nationale Identität ebenso eintreten wie gegen eine EU-Verfassung. Sehr rasch war es mit der rechten Einheit aber wieder vorbei. Als Alessandra Mussolini allen Rumänen in Italien einen kriminellen Lebensstil unterstellt hatte, verließen die Romania-Mare-Abgeordneten die ITS (Fraktion *Identität-Tradition-Souveränität*) und der Fraktionsstatus war nicht mehr gegeben.

Auch Anfang 2010 scheint es nicht zu einer Einigung, d.h. zu einer Fraktionsbildung zu kommen. Der Großteil der genannten Parteien sitzt in der Gruppe der Fraktionslosen, lediglich die Lega Nord hat mit ihren neun Abgeordneten in der Fraktion *Europa für Freiheit und Demokratie* eine politische Heimat gefunden.

A.UNIV.PROF.MAG.DR. REINHOLD GÄRTNER
Universität Innsbruck
Universitätsstraße 15
A-6020 Innsbruck
*43-512-507-7057
reinhold.gaertner@uibk.ac.at